

045. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 24.11.2011

REDE von MdL Annetrin Klepsch zur Großen Anfrage der Fraktion SPD in Drs 5/5724 „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Sachsen“

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

was hat die Entwicklung und Ausbreitung rechtsextremer Milieus mit der sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen zu tun?

Auf den ersten Blick für manche hier im Saal vielleicht nichts, wer jedoch die Augen auf hält, der ahnt, was ich meine.

In den letzten Tagen wurde uns wieder einmal deutlich vor Augen geführt, wie sich in den wirtschaftlich und gesellschaftlich abgehängten Regionen und sozialen Milieus Ostdeutschlands politische Gesinnungen entwickeln konnten, die jenseits einer demokratischen und toleranten Weltanschauung stehen.

Nicht umsonst hat vor wenigen Tagen im Deutschen Hygienemuseum die Initiative „Augen auf! e.V.“ aus der Oberlausitz den Sächsischen Förderpreis für Demokratie von drei namhaften Stiftungen erhalten.

Ich sage deutlich: Armut junger Menschen führt nicht automatisch in eine rechtsextreme Gesinnung.

Aber ich sage auch: wenn Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind, finden sie seltener Anschluss in demokratische Strukturen.

Dies lässt sich unter anderem im Lernatlas, der Anfang der Woche durch die Bertelsmann-Stiftung veröffentlicht wurde, ablesen. Markante Indikatoren waren dort die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaft der sächsischen Bevölkerung.

Ein leistungsorientiertes Pflichtschulsystem, dass dazu wie das sächsische auf Auslese setzt, trägt nicht zur Armutsvermeidung bei, sondern verstärkt eher die Elitenbildung.

Was hat Bildung jetzt mit Sozialpolitik zu tun?

In einem Land, dass sich wie der Freistaat Sachsen die Vermeidung des Fachkräftemangels auf die Fahnen geschrieben hat und dass aufgrund der schwierigen demographischen Entwicklungen jedes Mädchen und jeden Jungen, der hier geboren wird oder aufwächst, benötigt, in einem solchen Land ist eine gezielte Sozialpolitik eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Durchlaufen des Bildungssystems aller jungen Menschen!

Schaut man jedoch in die Antwort der Staatsregierung zur Großen Anfrage der SPD, kommt man zu dem Schluss, dass die Staatsregierung nur schwerlich erfolgreich Sozialpolitik gestalten kann, weil es ihr schlicht an Informationen fehlt.

Jedenfalls geht aus zahlreichen Antworten der Staatsregierung auf die Fragen der SPD – wie bereits auf voran gegangene Große Anfragen der Fraktion die LINKE zu sozialen Fragen – hervor, dass die Staatsregierung von wesentlichen sozialen Sachverhalten entweder keine Ahnung hat oder keine Ahnung haben will.

Auf Seite 3 der Großen Anfrage geht es gleich gut los.

Hier heißt es: „Spezifische Erhebungen und/oder wissenschaftliche Untersuchungen zur Entwicklung der Armut von Kindern und Jugendlichen im Freistaat Sachsen liegen der Staatsregierung nicht vor.“

Besonders lustig wird es auf Seite 36 bei Frage 7.16 nach der Situation der Schulsozialarbeit. Hier lässt uns das Sozialministerium wissen, dass der Staatsregierung zur Schulsozialarbeit in den einzelnen Schularten keine statistischen Daten vorliegen.

Da sage ich: Fragen Sie mal bei den Kollegen des Kultusministeriums nach, die in den Antworten auf Kleine Anfragen der Abgeordneten Conny Falken und Eva-Maria Stange detailliert darstellen konnten, an welchen sächsischen Schulen wie viele Schulsozialarbeiterstellen vorhanden sind.

Wird die Staatsregierung in der vorliegenden oder in anderen Anfragen nach ihrer Bewertung bestimmter Entwicklungen gefragt, erhält man die inzwischen übliche patzige Standardphrase, dass man im Rahmen des Fragerechts gegenüber dem Landtag zu inhaltlichen Bewertungen nicht verpflichtet sei.

Politisches Handeln ist jedoch nie wertfrei, auch und erst recht nicht in Sachsen!

Wann immer die Opposition Fragen stellt, die der Staatsregierung nicht in den Kram passen, wird sie von ihr herablassend behandelt. Ich erinnere an unsere Große Anfrage zur „Situation der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe“ aus dem Frühjahr 2011.

Wir erhielten, wie auch die SPD-Fraktion, Zahlen aus dem Jahr 2006, weit, weit von der Wirklichkeit entfernt, obwohl wir uns ein eigenes Statistisches Landesamt leisten.

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen mag als politische Strategie eine Zeit lang funktionieren, führt über kurz oder lang jedoch ins Abseits.

Immerhin über ihre Steuerungsverantwortung bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung scheint sich die Staatsregierung inzwischen bewusst zu sein, wenn sie auf Seite 7 antwortet: „Die Staatsregierung unterstützt die Kommunen bei der zügigen Umsetzung ihrer Aufgabe, damit die Leistungen für Bildung und Teilhabe so schnell wie möglich den anspruchsberechtigten Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen.“

Wer im Frühjahr mit Sozialdezernenten sächsischer Kommunen und Landkreise gesprochen hat, der traf jedoch vor allem auf Unverständnis und Kritik an der Zuschauerrolle des Sozialministeriums in Sachen Bildungs- und Teilhabepaket.

Politik kann sich doch nicht nur auf Autosuggestion gründen!

Erinnern wir uns: Im Januar sollte das Paket in Kraft treten, im März war es dann schließlich so weit, im April lagen kaum Anträge von Berechtigten vor und immerhin schon Ende Juni stellte das Sozialministerium den Landkreisen und Kommunen eine schriftliche Handreichung zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets.

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren in Sachsen die dramatischsten Einschnitte in der Kinder- und Jugendhilfe der letzten zwei Jahrzehnte erlebt. Die SPD hat dazu auch einige Fragen gestellt und die Antwort, die der Staatsregierung dazu einfällt, ist: „Die Fragen sind unklar formuliert und daher nicht beantwortet werden.“

Wenn es denn doch hin und wieder Antworten in Form von Daten gibt, wurden die Zahlen mitunter so ausgewählt, dass sie das Problem eher kaschieren. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung wegen steigender Rechtsansprüche – unter anderem auch aus direkten und indirekten Mitteln des Bundes finanziert – verdeckt zeitgleich den Niedergang der Kinder- und Jugendarbeit in den Bereichen jenseits individueller Rechtsansprüche.

Alle Kinder und Jugendlichen haben nicht nur ein Recht auf Schutz vor Gefahren, was Frau Clauß gern als Kinderschutz anpreist, sondern auch ein Recht auf soziale Teilhabe und die bestmögliche Bildung.

Dafür bedarf es geeigneter Maßnahmen, um wirksam zu werden. Voraussetzung für die Entwicklung dieser Maßnahmen ist jedoch eine punktgenaue Sozialberichterstattung und nicht der Verweis darauf, welche Daten alle nicht statistisch vorliegen.

Dass der nächste Kinder- und Jugendbericht des Freistaates erst im Jahr 2014 erscheinen soll, also fünf Jahre nach dem letzten, ist aus Sicht der LINKEN eine falsche Prioritätensetzung.

Die Fraktion LINKE sieht Handlungsbedarf, um die Kinderarmut und die Armutsbedrohung junger Menschen in Sachsen konsequent abzubauen und wird deshalb den Entschließungsantrag der SPD unterstützen.